



NEWSLETTER



**KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL**

AUSGABE 34

5. November 2007

Inhalt

▪ Seite 1

- Parteien politisieren Terror-Urteile zum „11-M“

▪ Seite 3

- Spanische Parlamentswahlen voraussichtlich am 9. März

▪ Seite 4

- Parlament verabschiedet „Gesetz der historischen Erinnerung“

- Diplomatischer Streit zwischen Spanien und Marokko

▪ Seite 5

- Arbeitslosigkeit und Inflation in Spanien steigen an

▪ Seite 6

- PP appelliert an die Emotionen der Wähler

- Lebenserwartung in Spanien erstmals über 80 Jahren

Newsletter aus Madrid

>> Parteien politisieren Terror-Urteile zum „11-M“

Nach über sechs Monaten ist ein Jahrhundertprozess in Madrid zu Ende gegangen, der zum Ziel hatte, das Kapitel über den schlimmsten Terrorakt in der Geschichte Spaniens zu schließen. Die Anschläge vom 11. März 2004 („11-M“) kosteten 191 Menschen das Leben und forderten über 1.800 Verletzte.



Vor der Urteilsverkündung verlas der vorsitzende Richter Javier Gómez Bermúdez einen Bericht über die Hintergründe der Madrider Anschläge. Wie bereits zum Auftakt des Prozesses, machte der Richter deutlich, dass es aus Sicht des Gerichts keine Anzeichen für eine Beteiligung der baskischen Terrororganisation ETA gegeben habe. Weiters wichtiger als diese Erkenntnis war es jedoch, dass Richter Bermúdez erklärte, das Gericht habe auch keinen direkten Zusammenhang mit der islamistischen Terrororganisation Al Kaida nachweisen können. Zwar sieht das Gericht einen islamistischen Hintergrund als erwiesen an, doch wer oder welche Organisation tatsächlich hinter den Anschlägen stand, ist aus Sicht des Gerichts nicht mehr nachvollziehbar. Fest steht lediglich, dass eine islamistische Terrorzelle einen „radikal islamistischen Staat“ in Spanien etablieren wollte. Auch wenn Richter Bermúdez mit dem Hinweis auf eine nicht nachzuweisende Täterschaft oder Mittäterschaft der ETA den Prozess zu „entpolitisieren“ gedachte, um den nun dreieinhalb Jahren andauernden Streit zwischen Regierung und Opposition mit einem juristischen Urteil zu beenden, so hat er – vermutlich unbedacht – eine neue Kontroverse entfacht, die die Regierung unter Umständen unter Druck setzen könnte. Denn nun dreht die Volkspartei (PP)



den Spieß um, indem sie von der Regierung

fordert zuzugeben, dass Al Kaida doch nicht hinter den Anschlägen steckte. Mit dem Hinweis, die Al Kaida habe die tödlichen Anschläge als Racheakt gegen die Beteiligung der damaligen konservativen Regierung von José María Aznar am Irakkrieg in Auftrag gegeben, überzeugten die Sozialisten viele Nichtwähler, drei Tage nach den Anschlägen doch zu den Urnen zu gehen. So konnte durch die tragischen Ereignisse vom 11. März 2004 die Ablehnung des außenpolitischen „Irrweges“ Aznars seinerzeit doch noch politisiert werden, was zur dramatischen Niederlage des von der Aznar-Regierung auserkorenen Nachfolgers Mariano Rajoy führte. Seitdem befasste sich die Volkspartei überwiegend mit ihrem Trauma des „11-M“. Das Urteil vom vergangenen Mittwoch stellt nun eine Wende dar, den die PP für sich zu nutzen gedenkt, insbesondere angesichts der anstehenden Wahlen im kommenden März.



Die Urteilsverkündung selbst sorgt für weitere politische Probleme. Zwar wurden 21 der 28 Angeklagten für schuldig befunden und zu Haftstrafen von insgesamt 120.755 Jahren verurteilt, doch blieb das Gericht drastisch unter dem von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafmaß von insgesamt über 300.000 Jahren. Drei der Angeklagten erhielten Haftstrafen zwischen 34.000 und 43.000 Jahren; sieben wurden jedoch freigesprochen. Problematisch und zugleich politisch brisant ist dabei der Freispruch des vermeintlichen Drahtziehers der Anschläge. Dem Ägypter Rabei Osman Al Sayed Ahmed, kurz „Mohammed der Ägypter“ genannt, konnte eine Drahtzieherschaft nicht eindeutig nachgewiesen werden. Obwohl die Staatsanwaltschaft für ihn 38.962 Jahre Haft gefordert hatte, befand das Gericht die Beweise, darunter auch Telefonaufzeichnungen, in denen Rabei Osman angeblich

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 34 |

5. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

die Tat als seine Idee ausgibt, als für eine Verurteilung nicht ausreichend. Der Anwalt des Ägypters konnte überzeugend darstellen, dass die Telefonaufzeichnungen nicht korrekt übersetzt worden waren. Damit wurde den Ermittlungsbehörden gleichzeitig unterstellt, „irreführend“ und „unprofessionell“ gearbeitet zu haben.

Mit Enttäuschung reagierten insbesondere Mitglieder des Opferverbandes „11-M“. Die Urteile seien ein „Schlag ins Gesicht“, kommentierte ein Verbandssprecher. Es sei eine Beleidigung für alle Opfer, dass ausgerechnet der Drahtzieher Rabei Osman mit einem Freispruch davon komme, hieß es seitens des Verbandes. Dessen Anwalt, José María de Pablo, kündigte gleichzeitig Berufung gegen die Urteile an. Er wies darauf hin, dass die Ermittlungen fortgesetzt werden müssten, denn irgendjemand habe den Befehl zu den Anschlägen gegeben.

Die Forderung des Opferverbandes, weiter zu ermitteln, ist für viele eine Bestätigung, dass die Hintergründe und Drahtzieher noch nicht restlos aufgedeckt worden sind.

In den Tagen nach der Urteilsverkündung zeichnete sich eine neue Kontroverse zwischen PSOE und PP ab, den die links orientierte Tageszeitung „Público“ mit den Worten „PP und PSOE schlagen sich das Urteil um die Ohren“ kommentierte.

Während Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero sachlich und staatsmännisch feststellte, es sei „Recht gesprochen“ worden und man müsse jetzt gemeinsam „in die Zukunft blicken“, übernahm PSOE-Organisationssekretär José Blanco die Anführung der Verbalattacke auf die Opposition. Blanco sieht sich durch das Urteil in der Ansicht bestärkt, die Regierung des ehemaligen Ministerpräsidenten José María



Aznar (Foto) habe in Zusammenhang mit dem 11-M „bewusst gelogen“. Blanco bediente sich derselben Terminologie wie das Gericht als er erklärte: „Das Urteil hat klargemacht, dass der Drahtzieher des massiven Betrugs im Zusammenhang mit dem 11. März José María Aznar ist“. „Vollstrecker“ des Betrugs sei der damalige Innenminister und heutige PP-Generalsekretär Ángel Acebes gewesen. Als

„unersetzliche Kollaborateure“ des „massiven Betrugs“ hätten PP-Spitzenkandidat Mariano Rajoy und PP-Fraktionsvorsitzender



Eduardo Zaplana fungiert. Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba (Foto) forderte PP-Chef Rajoy auf, gemeinsam mit ihm die Worte „ETA ist es nicht gewesen, ETA war es nicht“ auszusprechen. Die Debatte über das Fehlen eines „Drahtziehers“ unter den Verurteilten sei lediglich eine Strategie, um davon abzulenken, dass es „ETA nicht war“.

Die PP ihrerseits forderte den Regierungschef auf, ebenso anzuerkennen, dass das Attentat keinen Zusammenhang mit der spanischen Beteiligung am Irak-Krieg gehabt habe, wie dies Zapatero immer wieder behauptet hatte. Der PP-Fraktionsvorsitzende Eduardo Zaplana erklärte: „Ich fordere den Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero auf, eindeutig zu erklären, dass es nichts mit dem Irak zu tun hatte“. Zaplana beklagte die „hysterische und schwächliche“ Reaktion der PSOE auf das Urteil. Offenbar hätten die Sozialisten ein anderes Urteil erwartet. Jetzt seien sie zu nichts anderem als zur „Beleidigung und zur Manipulation“ fähig. Der PP-Politiker wies zudem darauf hin, dass das Gericht genauso wenig Verbindungen des Anschlags zur Al Kaida wie zur ETA hergestellt habe. Während Zapatero immer erklärt hätte, bezüglich der Urheberschaft des Anschlags sei



„alles klar“, zeige das Gerichtsurteil, dass „nicht alles klar“ sei. Zudem, so Zaplana (Foto), sei es die PP-Regierung gewesen, die die jetzt verurteilten Terroristen seinerzeit festgenommen habe, während die PSOE den Terroranschlag instrumentalisieren wolle, um die nächsten Wahlen „nicht zu verlieren“.

PP-Chef Mariano Rajoy erklärte, die PP „respektiere“ die Entscheidungen des Gerichts. Die PP habe immer gefordert, die Ursachen des 11-M „bis ins letzte Detail“ aufzuklären. Deshalb habe man die Ermittlungen des jetzt abgeschlossenen Gerichtsverfahrens unterstützt und man werde „jegliche weiteren Ermittlungen“ unterstützen, die die Hintergründe besser aufklären und auch die „Drahtzieher“ hinter dem 11-M ausfindig machten.

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 34 |

5. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Die spanische Presse kannte nach der Urteilsverkündung tagelang kaum ein anderes Thema als dieses. Die konservative Tageszeitung „ABC“ sieht die eigentliche „große Enttäuschung“ im Niveau der politischen Auseinandersetzung in Folge des Urteils und die parteipolitische Ausschlagung desselben. Die humoristische Aufforderung des Innenministers, Rajoy solle ihm nachsprechen, dass es ETA „nicht gewesen“ sei und die entsprechende Reaktion der PP zeigten die „Armut“ der Debatte und erhöhten den „Grad der Verzweiflung bis ins Extrem“. Etwas resigniert fragt ABC: „Wo bleibt bei all dieser inhaltlichen Leere die Sorge der Politiker darüber, was am „11-M“ wirklich geschehen ist?“

Die regierungsfreundliche „El País“ feiert die spanische Justiz als „absolut fähig“, die Schuldigen von islamistisch motivierten Verbrechen abzuurteilen. Gleichzeitig kritisiert das Blatt PP-Chef Mariano Rajoy und seine unklaren Aussagen: „Warum brachte der PP-Chef seinen Willen zum Ausdruck, „neue Ermittlungen“ zu unterstützen, wenn es bereits ein Urteil gibt, dass das Geschehene beschreibt?“

Härtere Worte gegen Rajoy benutzte die weiter links angesiedelte Zeitung „Público“. Die Aussagen Rajoys stellten eine „Beleidigung für die Intelligenz“ der Spanier dar. Statt weitere Ermittlungen zu fordern, solle der PP-Chef sich lieber für seinen eigenen „Betrug“ entschuldigen.

EL MUNDO Die liberale Zeitung „El Mundo“, eine der härtesten Vertreter der „Verschwörungstheorie“, dass die PSOE-Regierung bewusst einige von der „offiziellen Version“ des 11-M abweichende Ermittlungsstränge blockiert habe, sieht sich vor allem durch die Nicht-Verurteilungen von angeblichen „Drahtziehern“ des Anschlags bestätigt. Wenn Innenminister Rubalcaba mit seinem Hinweis Recht habe, dass die Erwähnung des fehlenden Drahtziehers eine „Ablenkungsstrategie“ sei, nehme fast die gesamte internationale Presse an dieser Ablenkungsstrategie teil. „El Mundo“ spricht von einem „Medienkrieg“ um den 11-M. Der große Geschlagene in diesem Krieg sei „El País“, die den freigesprochenen Ägypter Rabei Osman ausführlich als Drahtzieher des 11-M port-

raitiert habe. Ungeachtet des großen Drucks kündigte die Zeitung an, „alle Aspekte“ des Urteils und des 11-M weiter verfolgen zu wollen.

Die Urteilsverkündung hat Spanien wieder einmal durcheinander gewühlt und alle anderen Themen überlagert. Viele Zeitungskommentare und Politikeraussagen erinnern an die Zeit unmittelbar nach dem 11. März 2004. Diese Reaktionen zeigen die ungeheure Bedeutung, die das Thema für die Spanier nach wie vor hat.

Das Ende des Prozesses hat ein Kapitel zugeschlagen, aber gleichzeitig ein neues geöffnet. Dies dürfte den Wahlkampf erneut beeinträchtigen und die Spaltung zwischen Regierung und Opposition, die mit dem spanischen Wort „crispación“ bezeichnet wird, vergrößern.

>> Spanische Parlamentswahlen voraussichtlich am 9. März

Laut spanischen Medienberichten ist der 9. März 2008 der wahrscheinlichste Termin für die nächsten spanischen Parlamentswahlen. Ministerpräsident Zapatero selbst hatte in einem Fernsehinterview den 2. oder den 9. März als Wahltermin ins Spiel gebracht, da dies die beiden Wochenenden vor den Ferien in der Karwoche sind. Nun hat Andalusiens Regionalpräsident Manuel Chaves (PSOE, Foto) angekündigt, die andalusischen Regionalwahlen am 9. März abhalten lassen zu wollen, da sich der 2. März am Ende einer Periode von vier in der Region arbeitsfreien Tagen befindet. Würde die Wahl an diesem Tag stattfinden, wäre deshalb wohl mit einer recht geringen Beteiligung zu rechnen. Es ist kaum anzunehmen, dass Zapatero ein Interesse daran hat, die gesamtspanischen Wahlen eine Woche vor den andalusischen Urnengängen abzuhalten. Analysten sagen voraus, dass das Wahlergebnis der PSOE besser sein werde, je mehr Menschen sich an den Wahlen beteiligen. Der Wählermobilisierung könnte der 9. März auch aus einem anderen Grund dienen. So liegt dieses Datum in unmittelbarer Nähe des vierten Jahrestages der Madrider Terroranschläge vom 11. März 2004.



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 34 |

5. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

>> Parlament verabschiedet „Gesetz der historischen Erinnerung“

Mit der Verabschiedung des „Gesetzes der historischen Erinnerung“, das eine „moralische Wiedergutmachung“ für die Opfer des Spanischen Bürgerkrieges und der Franco-Diktatur regeln soll, hat Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero kurz vor Ende seiner Legislaturperiode symbolisch einen seiner größten innenpolitischen Erfolge feiern können. Bei der Abstimmung im Par-



lament, dem ‚Congreso de los Diputados‘, votierten erwartungsgemäß alle Parteien bis auf die oppositionelle Volkspartei und die katalanischen Linksnationalisten (ERC) für das Gesetzespaket.

Hauptinhalte des Gesetzes sind eine explizite Verurteilung des Franco-Regimes, eine Entfernung aller frankistischen Symbole von öffentlichen Orten, sowie eine Null- und Nichtigkeitserklärung aller Urteile der frankistischen Sondertribunale. Zudem erhalten Nachkommen von politischen Flüchtlingen des Bürgerkrieges und der Diktatur sowie Kombattanten der „Internationalen Brigaden“ die Möglichkeit, die spanische Staatsbürgerschaft zu beantragen.

Während die PP all diesen Maßnahmen ihre Zustimmung verweigerte, stimmte sie für eine „Entpolitisierung“ des größten aller Franco-Symbole, des monumentalen „Tal der Gefallenen“ (Foto). In dieser rund 40 Kilometer von Madrid entfernten Gedenkstätte liegen der ehemalige Diktator und seine engsten Gefolgsleute begraben.



Überraschend wurde das geplante Gesetz vor der Abstimmung auf Druck der liberalchristdemokratischen CiU noch einmal abgeändert. So wurde den katholischen Kirchen die Möglichkeit eröffnet, frankistische Symbole beizubehalten, sofern diese von besonderem künstlerischen oder religiösen Wert sind.

In der Parlamentsdebatte, die der Abstimmung voranging, trafen die Positionen von Regierung und Opposition noch einmal aufeinander. Der PP-Fraktionsvorsitzende Eduardo Zaplana warf dem Gesetz vor, den um einen Konsens bemühten Geist des friedlichen Übergangs zur Demokratie

(„Transición“) aufzukündigen. Die Regierung begehe den „gleichen Fehler wie der Franquismus“, in dem sie eine „einzige und offizielle Erinnerung“ per Gesetz vorschreibe. Er warf der PSOE vor, so zu tun, als ob „alle, die sich diesem Gesetz widersetzen, Frankisten sind“.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin Maria Teresa Fernández de la Vega (Foto) wies derartige Vorwürfe entschieden zurück. Nichts sei entfernter von der Realität, als der Vorwurf, das Gesetz breche mit dem Geist der „Transición“. Sie hielt all diejenigen, die „Schatten“ auf das Gesetz geworfen hätten, in poetischer Weise entgegen, dass sich in der Politik am Ende immer „die Wahrheit wie das Licht ihre Bahn“ breche.

>> Diplomatischer Streit zwischen Spanien und Marokko

Die offizielle Reise von König Juan Carlos I. (Foto) in die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der nordafrikanischen Mittelmeerküste am 5. und 6. November stößt im benachbarten Marokko auf erbitterten Widerstand.



Marokko rief als Zeichen des Protestes gar seinen Botschafter „auf unbefristete Zeit“ aus Madrid zurück. In einer Erklärung der marokkanischen Regierung heißt es, trotz der „in den letzten Jahren gewachsenen Freundschaft zwischen beiden Ländern“ könne „das Problem der besetzten Städte Ceuta und Melilla nicht vergessen“ werden. Die marokkanische Regierung fordert Spanien deshalb auf, von einem „wie auch immer gearteten Besuch des Königspaares in beiden Städten“ abzusehen, um nicht eine „mögliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Nachbarländern“ zu riskieren. Marokkos Außenminister Taieb Fassi Fihri beklagte, man habe lediglich aus der



Zeitung erfahren, dass Juan Carlos I. in die „von Spanien geraubten Städte“ Ceuta (Foto) und Melilla reisen wolle.

Die spanische Regierung zeigte sich von diesen heftigen Protesten Marokkos überrascht. Sie betonte, der Besuch von Juan Carlos I. sei eine „interne Angelegenheit“ Spaniens. PSOE-Organisationssekretär José Blanco beurteilte den königlichen Aufenthalt

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 34 |

5. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

in den „spanischen Städten“ als „absolut notwendig“.

Die regierungsnahen Zeitung „El País“ vermutet hinter dem Besuch Wahlkampf. Es sei „absurd“ zu glauben, dass die Regierung den diesbezüglichen „positiven Effekt“ der königlichen Reise nicht berücksichtigt habe. Ceuta und Melilla, die den Besuch des Königs enthusiastisch begrüßten, sind Hochburgen der PP.

Der außenpolitische Sprecher der PP-Fraktion im spanischen Parlament, Gustavo de Arístegui (Foto), hält den Besuch für „ausgesprochen positiv“. Die spanische Identität von Ceuta und Melilla sei „nicht verhandelbar“.



Allerdings erklärte die PP, Zapatero habe sich überschätzt, als er Rajoy gegenüber bekräftigt hatte, Marokko werde angesichts des Besuches „keine Probleme“ machen.

Der geplante Besuch ist der erste offizielle von Juan Carlos I. seit seiner Thronbesteigung im Jahr 1975 in den seit über 400 Jahren unter spanischer Hoheit stehenden Exklaven. Bereits in der Vergangenheit hatte Marokko, das die beiden Städte als integralen Bestandteil Marokkos betrachtet, wiederholt gegen Besuche spanischer Spitzenpolitiker in Ceuta und Melilla protestiert.

>> Arbeitslosigkeit und Inflation in Spanien steigen an

Den neuesten Daten des Nationalen Statistikamts INE zufolge ist die Erwerbslosigkeit in Spanien während des dritten Trimesters 2007 zum ersten Mal seit drei Jahren leicht gestiegen. Die Arbeitslosenquote betrug demnach 8,03 Prozent, das sind absolut betrachtet 26.800 Arbeitslose mehr als im vorangegangenen Trimester. Der Anstieg ist vor allem im Bereich der Bauwirtschaft zu finden, wo der Anteil der Arbeitslosen um 17,2 Prozent angestiegen ist. Zudem werde sich das spanische Wirtschaftswachstum weiter verlangsamen, so das INE.

Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, David Vegara (PSOE), geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit noch bis Ende der Legislaturperiode wieder unter die 8-Prozent-Marke fallen wird. Den momentanen Arbeitslosenanstieg bezeichnete er als natürliches saisonales Phänomen. Die Zah-

len würden sich daher bis zum Frühjahr wieder nach unten konsolidieren. Auch Arbeitsminister Jesús Caldera (Foto) warnte vor Panikmache. Der Anstieg hänge vor allem auch mit der allgemeinen Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung zusammen. Angesichts dessen seien die Daten des INE „beruhigend und positiv“.



Die PP interpretiert die jüngsten Daten allerdings völlig anders. Ihr zufolge zeigen sie das „Fiasko“ der Arbeitsmarktpolitik der Regierung auf. Der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Sprecher der PP, Miguel Arias Cañete, zeigte sich „sehr besorgt“ über die Daten.

Weitere Besorgnis in Spanien rief auch die im Oktober geradezu explodierte Inflationsrate um von der Regierung geschätzte 3,6 Prozent hervor. Sollten sich die Erwartungen bestätigen, wäre dies der höchste Stand seit über einem Jahr. Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes (PSOE) gab zu, dass damit sogar die schlimmsten Befürchtungen der Regierung übertroffen worden seien. An den derzeitigen Daten gäbe es nichts zu beschönigen, was die PSOE-Regierung auch gar nicht vorhabe. Vor allem aus dem Bereich der Nahrungsmittelpreise habe es schlechte Nachrichten gegeben, da wegen der hohen Nachfrage aus Indien und China die Preise für Getreide und für Biobrennstoffe auf dem Weltmarkt in die Höhe getrieben worden seien, so Solbes.

Die jüngsten Daten werden der Debatte über die Lage der spanischen Wirtschaft weiter Nahrung geben. Im Fadenkreuz der



Debatte steht Wirtschaftsminister Solbes (Foto), der mit seinen Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage auch immer wieder Kritik an der Ausgabenpolitik seines Chefs Zapatero verbunden hatte. Auch jetzt speulierte er wieder, die Inflationssteigerung könne weit reichende Auswirkungen auf die öffentlichen Rentenausgaben haben. Die Kritik von Solbes deutet zunehmend darauf hin, dass er nach der Wahl im März kommenden Jahres dem nächsten Kabinett nicht mehr angehören wird, sollte Zapatero die Wahlen gewinnen.

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 34 |

5. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen**>> PP appelliert an die Emotionen der Wähler**

Je näher die spanischen Parlamentswahlen rücken, desto mehr versucht Oppositionsführer Mariano Rajoy einen Imagewechsel einzuleiten – weg vom aggressiven Oppositionsführer und hin zum moderaten Staatsmann, der auch Emotionen zeigen kann.

Mitten im Vorwahlkampf hielt die PP in Valencia einen wahren Megakongress ab. Vor



15.000 Leuten sollte Mariano Rajoy (Foto) offiziell als Spitzenkandidat inthronisiert werden. Dies war zwar schon am 10.

September geschehen, aber nur im kleinen, internen PP-Kreis. Jetzt wurde das ganze wiederholt – im US-amerikanischen Stil, mit spanischen Flaggen schwenkenden Parteigängern, Luftballons, Konfetti und Popmusik. Hinter dem Kandidaten leuchtete ein riesiges, blau-weißes Schild mit der unzweideutigen Botschaft „Rajoy Presidente“ in Abwandlung des Wahlslogans des sozialistischen Kandidaten von 2004 „Zapatero Presidente“. Keine Kamera konnte es übersehen. Der, wenn es nach seiner Partei geht, zukünftige „presidente“ Rajoy erschien, wie fast die gesamte PP-Spitze, im legeren Outfit ohne Krawatte. Dynamik, Modernität und vor allem Lockerheit des Kandidaten sollten vermittelt werden. Dazu verordnete sich der PP-Chef eine emotionelle Sprache, mit der das Bild von Rajoy als jemandem, der einen „Stock verschluckt“ habe, korrigiert werden sollte. In seiner Rede orientierte sich Rajoy am staatstragenden, auf Schlagworte zugespitzten, visionären Stil US-amerikanischer Politiker. Statt die Regierung zu sehr anzugreifen, sprach Rajoy lieber von einem „neuen Konsens“. Ein neuer Konsens „von allen und für alle“, der auch diejenigen einschließen solle, die 2004 noch links gewählt haben. Rajoy sprach von „Zukunft“ und „Illusion“, von „Freiheit“, „Energie“ und „Optimismus“. Rajoy sprach von der „Lust auf Wandel“, die die Mehrheit der Spanier habe. Rajoy sprach von seiner „Liebe zu Spanien“ und von einem „neuen Regierungsstil“, den er anführen werde. Rajoy sprach von der PP als „beste Partei Europas“ und von den PP-Regierungen unter José María Aznar als „beste Regierungen“ des demokratischen Spanien. Gänzlich den

Emotionen überließ Rajoy sich und seine Partei mit den letzten Sätzen seiner Rede: „Wir werden gewinnen, weil uns eine mitreißende und herausfordernde Zukunft erwartet. Unsere Überzeugungen sind unsere Kraft. Die Freiheit, der Mut und die Freude sind unsere Kraft. Spanien ist unsere Kraft. Machen wir es möglich, dass wir alle mit Stolz die Tatsache feiern können, dass wir Spanier sind. Gemeinsam packen wir es. Gemeinsam machen wir unseren Traum wahr“.

Die menschliche Seite des PP-Kandidaten sollte einige Tage vorher eine Hochglanz-Homestory in der Beilage „XL Semanal“ der konservativen Tageszeitung „ABC“ unterstreichen. Während Rajoy sein Privatleben bislang streng unter Verschluss gehalten hatte, posierte er jetzt unter der Überschrift



„Ein Sonntag mit Rajoy“ mit seiner Frau Elvira Fernández im Arm in der Abendsonne an eine grüne Hecke gelehnt (Foto). Zudem sieht man den PP-Spitzenkandidaten beim Basketball- und Modelleisenbahn-Spielen mit seinen beiden Söhnen und im Gespräch mit seinem Vater. Dazu erzählt Rajoy munter aus seinem Privatleben - von der Familientradition, dass immer der erste Sohn Mariano heißt bis hin zu seinen Gefühlen, als er seine Frau kennen lernte. „Als ich Viri (Elvira) kennen lernte“, so Rajoy, „war das erste, an das ich dachte, wie ich sie erobern könnte. Wie ich das angestellt habe? Nun gut, vielleicht bin ich gar nicht so langweilig wie manch einer denkt.“

>> Lebenserwartung in Spanien erstmals über 80 Jahren

Erstmals in der spanischen Geschichte ist die durchschnittliche Lebenserwartung im Land nach offiziellen Angaben auf über 80 Jahre gestiegen und liegt bei 80,23 Jahren. Dies gab das nationale Statistikinstitut INE bekannt. Gemessen am EU-Durchschnitt ergeben sich große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Mit 83,48 Jahren werden die Spanierinnen nach den Französinen am zweitältesten. Die Männer jedoch liegen mit einem Durchschnittsalter von fast 77 Jahren auf dem siebten Platz im EU-Durchschnitt.

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 34 |

5. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Auch in Spanien macht sich der demografische Wandel immer stärker bemerkbar. Bereits 1,8 Millionen Menschen sind 80 Jahre und älter und 5000 haben gar die 100 Jahre erreicht. Die Zahl der über Achtzigjährigen werde sich bis 2050 verdreifachen, so das INE. Seit dem Übergang Spaniens zur Demokratie hat sich damit die Lebenserwartung um 4,61 Jahre verbessert.

Am höchsten ist die durchschnittliche Lebenserwartung im Norden und Zentrum des Landes wie in Navarra (81,51 Jahre), Madrid (81,39), Castilla y León (81,28) und La Rioja (81,18). Die Provinz Katalonien liegt mit 80,5 Jahren Lebensalter im Durchschnitt, wohingegen die Provinzen des Südens wie die Kanarischen Inseln (79,16), Andalusien (78,83) oder das nordafrikanische Ceuta (78,62) in puncto Lebenserwartung am unteren Ende liegen.

Gründe für die gestiegene Lebenserwartung sind laut der spanischen Gesellschaft für Geriatrie und Gerontologie die verbesserte Versorgung älterer Menschen sowie die modernisierten Untersuchungs- und Behandlungsmethoden durch das öffentliche Gesundheitssystem.



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger/ Johannes Herz/ Oliver Krumme
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
Web: www.kas.de/Spainen